

Abhandlungen

Zur Bedeutung von „Gesetzesbegründungen“ im Steuerrecht

– Eine kritische Betrachtung –

Dr. CARSTEN HOHMANN, LL.M. (Cambridge), München *

Inhaltsübersicht

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> I. Einführung II. Wider den Begriff der „Gesetzesbegründung“ <ul style="list-style-type: none"> 1. Begründet werden Gesetzentwürfe, nicht Gesetze 2. Existenz weiterer Materialien neben Gesetzentwürfen 3. Adressat der Begründungen 4. Fazit: Vorzugswürdigkeit des Begriffs der „Gesetzesmaterialien“ III. Zur Bedeutung von Gesetzesmaterialien | <ul style="list-style-type: none"> 1. Im Allgemeinen: Gesetzesmaterialien als politische Willensäußerungen 2. Im Besonderen: Gesetzesmaterialien im Steuerrecht <ul style="list-style-type: none"> a) Erstes Beispiel: Der (nur vorgebliche) Zweck der Regelung b) Zweites Beispiel: Die (nur vorgebliche) redaktionelle Klarstellung 3. Fazit: Gesetzesmaterialien als <i>ein unverbindliches</i> Hilfsmittel der Auslegung |
|--|--|

Vielfach finden sich auch im steuerrechtlichen Kontext Verweise auf sog. „Gesetzesbegründungen“. Der Beitrag zeigt zum einen auf, dass dieser Begriff gleichwohl dem Gesetzgebungsverfahren fremd und letztlich auch unzutreffend ist. Statt ihm sollte daher der Terminus der „Gesetzesmaterialien“ verwendet werden. Zum anderen wird die Bedeutung von Gesetzesmaterialien als politischen Äußerungen gerade im steuerrechtlichen Zusammenhang kritisch betrachtet. Dazu wird auf die beiden Problemfelder des (nur vorgeblichen) Zwecks der Regelung sowie der (nur vorgeblichen) redaktionellen Klarstellung eingegangen.

References to so-called (official) “legal explanations” can be found quite often in tax law. On the one hand, the article demonstrates that there are in fact no such explanations in the law-making process and that this term is improper in the end. Therefore, the term “legal materials” should be used in lieu. On the other hand, the relevance of those legal materials as political statements is critically analysed from a tax law perspective. In doing so, the article addresses both the issue of the (merely alleged) purpose of a provision and the issue of a (merely alleged) clarification.